



STIFTERVERBAND

Öffentliche Ausschreibung

VERFAHRENSBEDINGUNGEN

„Rahmenvertrag über Medienproduktionen für Lernangebote im MINT-Campus 2.0“
Aktenzeichen: V_MC2_01_2026

INHALT

Inhalt

1	HINWEIS	4
2	RECHTSGRUNDLAGEN DES VERFAHRENS	4
3	AUFTRAGGEBENDE STELLE (AG) UND KONTAKTSTELLE	4
4	AUSKÜNFTE ZUM VERFAHREN UND ZU DEN VERGABEUNTERLAGEN	4
5	AUFTRAGSGEGENSTAND	6
6	ORT DER LEISTUNG	6
7	VERTRAGLICHE GRUNDLAGEN DES AUFTRAGS	6
8	AUFTEILUNG IN LOSE	6
9	VORAUSSICHTLICHE LIEFER- /AUSFÜHRUNGSZEIT	7
10	ANGEBOTSFRIST UND WEITERE FRISTEN	7
11	INHALT UND FORM DES ANGEBOTS	7
12	ZAHLE DER HAUPTANGEBOTE, NEBENANGEBOTE, ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE	8
13	VORGESEHENER ABLAUF DES VERGABEVERFAHRENS	9
14	VERFAHRENSKOSTEN	9
15	HINWEISPFLICHT DER BIETER	9
16	SCHUTZRECHTE, KENNZEICHNUNG VON BETRIEBSGEHEIMNISSEN	9
17	PRÜFUNG UND BEWERTUNG DER ANGEBOTE	10



STIFTERVERBAND

18	ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN FÜR BIETERGEMEINSCHAFTEN	10
19	ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN FÜR AUSLÄNDISCHE BIETER	11
20	ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN FÜR UNTERAUFTRAGSVERGABE, EIGNUNGSLEIHE	11
21	DATENSCHUTZ	12
22	VERSCHWIEGENHEIT/VERTRAULICHKEIT	12
23	MITTEILUNG ZU NICHT BERÜCKSICHTIGTEN ANGEBOTEN	12
24	BEKANNTMACHUNGEN ÜBER VERGEBENE AUFTRÄGE	12
25	ANLAGEN	13

Die nachstehenden Verfahrensbedingungen sind während der gesamten Dauer des Vergabeverfahrens zu beachten.

1 HINWEIS

Bei den in diesen Vergabeunterlagen verwandten personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für die Geschlechter männlich/weiblich und divers.

Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit „Bieter“ sowohl einzelne Unternehmen als auch Bietergemeinschaften gemeint. Mit „Auftragnehmer (AN)“ ist der Bieter oder die Bietergemeinschaft gemeint, die den Zuschlag erhalten hat.

2 RECHTSGRUNDLAGEN DES VERFAHRENS

Der Auftraggeber schreibt die Leistung nach der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) als Öffentliche Ausschreibung gemäß §§ 8 Abs. 1, 8 Abs. 2 S. 1, 9 UVgO aus.

Diese öffentliche Ausschreibung besteht mit Ausnahme folgender Vorschriften:

- § 22 zur Aufteilung von Losen
- § 28 Abs. 1 Satz 3 zur Veröffentlichung von Auftragsbekanntmachungen
- § 30 zur Vergabebekanntmachung
- § 38 Abs. 2 bis 4 zu Form und Übermittlung der Teilnahmeanträge und Angebote
- § 44 zu ungewöhnlich niedrigen Angeboten
- § 46 zur Unterrichtung der Bewerber und Bieter

3 AUFTRAGGEBENDE STELLE (AG) UND KONTAKTSTELLE

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Projekt: MINT-Campus 2.0
Pariser Platz 6
10117 Berlin

Die auftraggebende Stelle handelt bei der Ausschreibung und dem Vertragsschluss ausschließlich im Namen des vorgenannten Auftraggebers.

Der Umfang und die Ausgestaltung der zu vergebenden Leistung bestimmen sich nach diesen Verfahrensbedingungen, der Leistungsbeschreibung und dem Vertrag sowie sämtlichen Anhängen zum Vertrag.

4 AUSKÜNFTE ZUM VERFAHREN UND ZU DEN VERGABEUNTERLAGEN

Die vorgenannte organisatorische Vergabestelle ist alleiniger Ansprechpartner für Hinweise und Fragen in dem Vergabeverfahren.

Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Anfragen, Angebote und sonstige Korrespondenz, die nicht in deutscher Sprache übermittelt werden, gelten als dem Auftraggeber gegenüber nicht zugegangen. Eingereichte Urkunden, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, sind **zwingend auch** in beglaubigter deutscher Übersetzung vorzulegen.

Alle Fragen, die mit dem Verfahren im Zusammenhang stehen, sind über die e-Vergabeplattform einzureichen. Korrespondenz der Bieter, die nicht dieser Vorgabe entspricht, gilt der Vergabestelle gegenüber als nicht zugegangen. Solche Anfragen werden nicht beantwortet. Auskunftersuchen, die nicht spätestens zehn Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist (siehe insbesondere Ziffer 10) vorliegen, müssen vom Auftraggeber nicht mehr beantwortet werden. Der Auftraggeber behält sich jedoch vor, auch später eingehende Auskunftersuchen zu beantworten, sofern dies aus Sicht des Auftraggebers zweckdienlich ist. Ein Anspruch auf Fristverlängerung gemäß § 13 Abs. 4 Nr. 1 UVgO besteht in den letztgenannten Fällen nicht.

Bieter haben sich über alle Einzelheiten des Vergabeverfahrens, die zur Angebotsabgabe maßgebend sind, in eigener Verantwortung Klarheit zu verschaffen.

Telefonische oder mündliche Auskünfte werden nicht erteilt. Die vom Auftraggeber erteilten Auskünfte/Antworten sind bei der Ausarbeitung des Angebots zu berücksichtigen und werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Der Auftraggeber wird auf Fragen der Bieter ausschließlich über die e-Vergabeplattform „Deutsches Vergabeportal“ antworten und die Antworten, sofern sie von allgemeinem Interesse sind, allen Bietern über die e-Vergabeplattform in anonymisierter Form zugänglich machen. Im Interesse des Geheimwettbewerbs sind diese Fragen daher so zu stellen, dass eine Identifikation des Fragenden nicht möglich ist. Die Kommunikation über das e-Vergabe-System darf ausschließlich für vergaberechtlich zulässige Kommunikation genutzt werden.

Die Vergabestelle wird Fragen bzw. Auskunftsverlangen ggf. so umformulieren, dass die Identität des Fragestellers nicht erkennbar wird. Die Bieter werden jedoch gebeten, bei der Formulierung der Fragen bzw. Auskunftsverlangen von vornherein zu berücksichtigen, dass diese zusammen mit den Antworten den anderen Bietern zur Verfügung gestellt werden.

Bitte verwenden Sie für Ihre Fragen die nachfolgende Tabellenform:

LFD. NR.	DOKUMENT	SEITE	KAP.	TEXT/FRAGE	ANTWORT
(wird von der Vergabestelle ausgefüllt)					(wird von der Vergabestelle ausgefüllt)

Zum besseren Verständnis der Fragestellung kann es erforderlich sein, der Vergabestelle zusätzliche Erläuterungen oder Hintergrundinformationen zu geben. Wenn diese Informationen nicht an die Wettbewerber verschickt werden sollen, müssen diese Teile deutlich gekennzeichnet werden. Es wird dann nur die ursprüngliche Frage mit der dazugehörigen Antwort versendet.

5 AUFTRAGSGEGENSTAND

Der zu vergebende Rahmenvertrag umfasst die Medienproduktion für den MINT-Campus 2.0 zur medialen Umsetzung digitaler Lernangebote beim Stifterverband. Der Auftraggeber sucht einen professionellen Dienstleister, der unterschiedliche Medienformate auf Basis dieses Rahmenvertrags nach Bedarf produzieren kann. Grundlage der Leistungserbringung sind vom Auftraggeber bereitgestellte, fachlich und didaktisch vollständig ausgearbeitete Konzepte, insbesondere Storyboards, Drehbücher, Umsetzungspläne oder vergleichbare Vorlagen.

Der Auftragnehmer übernimmt auf dieser Basis die medientechnische, visuelle und produktionstechnische Umsetzung der Inhalte einschließlich der Prüfung, Optimierung und finalen Produktionsreife der Ausgangsmaterialien.

Vergabegegenstand ist daher ein Rahmenvertrag über Medienproduktion für Lernangebote im MINT-Campus 2.0.

Der ausgeschriebene Rahmenvertrag hat eine Laufzeit vom 01. August 2026 bis zum 31. Dezember 2029.

Das erwartete Auftragsvolumen in der genannten Laufzeit liegt voraussichtlich bei maximal 57.498 Euro (exkl. Umsatzsteuer). Die konkret vom Auftraggeber benötigten Leistungen werden unter diesem Rahmenvertrag durch entsprechende Leistungsabrufe beauftragt.

Ein Anspruch auf Erteilung von Leistungsabrufen/Einzelaufträgen durch den Auftraggeber oder eine Mindestabnahmeverpflichtung besteht seitens des Auftragnehmers nicht.

6 ORT DER LEISTUNG

Der Ort der Leistungserbringung ist abhängig von den Leistungspaketen. Der Ort der Erbringung von Beratung und Postproduktion kann frei gewählt werden, d.h. auch remote digital in Abstimmung mit dem Auftraggeber. Die Produktionsleistungen (insb. AP 1.1 bis Ap 1.4) werden vsl. deutschlandweit abgerufen.

7 VERTRAGLICHE GRUNDLAGEN DES AUFTRAGS

Der Auftraggeber beabsichtigt die Leistungen auf Basis des als Anlage ANG 2 den Vergabeunterlagen beigefügten Vertrages zu vergeben.

8 AUFTEILUNG IN LOSE

Eine Aufteilung in Lose findet nicht statt.

9 VORAUSSICHTLICHE LIEFER- /AUSFÜHRUNGSZEIT

Vertragsbeginn ist, soweit im Vertrag nicht anders geregelt, der Zeitpunkt der Zuschlagserteilung (Vertragsschluss). Eine förmliche Unterzeichnung des Vertrags ist für den Vertragsschluss und den Vertragsbeginn nicht erforderlich.

Es ist geplant, den ersten Einzelauftrag unmittelbar nach Zuschlagserteilung zu erteilen. Während des Rahmenvertrages erteilte Einzelaufträge sind auch nach Ablauf des Rahmenvertrages durch den Auftragnehmer zu den Bedingungen des Rahmenvertrages bis zur vollständigen Leistungserbringung unter dem jeweiligen Einzelauftrag zu Ende zu bringen.

10 ANGEBOTSFRIST

Ablauf der Angebotsfrist: **07.07.2026, 23:59 Uhr**

11 INHALT UND FORM DES ANGEBOTS

Für das Angebot ist das Angebotsschreiben (Anlage ANG 4) zu verwenden. Folgende Erklärungen/Unterlagen sind mit dem Angebot vorzulegen:

Siehe Anlage ANG 3 „Eignungs- und Bewertungskriterien“.

Folgende Unterlagen sind dem Angebot beizufügen:

- | | |
|---|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> Anlage ANG 4 | Angebotsschreiben |
| <input checked="" type="checkbox"/> Anlage ANG 5 | ausgefülltes Preisblatt |
| <input checked="" type="checkbox"/> ggf. Anlage ANG 6 | Eigenerklärung Bietergemeinschaft |
| <input checked="" type="checkbox"/> Anlage ANG 7 | Formblatt Unternehmensbeschreibung |
| <input checked="" type="checkbox"/> ggf. Anlage ANG 8 | Liste der für Eignungsleihe herangezogenen Dritten |
| <input checked="" type="checkbox"/> ggf. Anlage ANG 9 | Verpflichtungserklärung des Dritten für den Fall der Eignungsleihe |
| <input checked="" type="checkbox"/> Anlage ANG 10 | Eigenerklärung zur Eignung |
| <input checked="" type="checkbox"/> ggf. Anlage ANG 11 | Verzeichnis Unteraufträge |
| <input checked="" type="checkbox"/> Anlage ANG 12 | Formblatt Referenzen |
| <input checked="" type="checkbox"/> Anlage ANG 13 | Eigenerklärung Datenschutz und Vertraulichkeit |
| <input checked="" type="checkbox"/> Umsetzungsskizzen Bewertungskriterium „Gestaltungs- und Umsetzungsqualität (siehe Anlage ANG 3) | |
| <input checked="" type="checkbox"/> ggf. Handelsregistrauszug / Gemeinnützigkeitsnachweis | |

Der Bieter kann an Stelle der geforderten Erklärungen eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung gemäß §§ 35 Abs. 3 UVgO, 50 VgV vorlegen, sofern diese die geforderten Erklärungen enthält.

Angebote sind elektronisch über die e-Vergabe-Plattform einzureichen. Eine postalische oder anderweitige elektronische Übermittlung (z. B. per E-Mail) oder persönliche Abgabe von Angeboten ist nicht zugelassen. Jedes Angebot und die mit einzusendenden Formulare müssen eindeutig gekennzeichnet sein. Angebote sind mit Datum zu versehen sowie von einer dazu berechtigten Person handschriftlich zu unterschrieben.

Formblätter und sonstige weitere Bestandteile des Angebots müssen nur dann gesondert handschriftlich unterzeichnet werden, wenn dies im Formblatt ausdrücklich vorgesehen ist.

Für die elektronische Abgabe des Angebots sind die ausgefüllten Formblätter mit Dateinamen zu speichern, die die oben bzw. in den Kopfzeilen der Formblätter selbst angegebenen Anlagennummern enthalten. Weitere Dateien sind mit Dateinamen zu speichern, die einen möglichst eindeutigen Rückschluss auf den Inhalt der Datei zulassen.

Bieter/Bietergemeinschaften werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen, sofern sie unzulässige oder nicht unterschriebene Angebote bei der Vergabestelle einreichen.

Angebote müssen bis zum Ablauf der Angebotsfrist vollständig auf dem e-Vergabe-System eingegangen sein.

Die Nachforderung von Unterlagen gemäß § 41 Abs. 2 UVgO bleibt vorbehalten. Ein genereller Anspruch auf Nachforderung besteht für die Bieter jedoch nicht. Fordert der Auftraggeber Unterlagen nach, sind diese in gleicher Form wie das Angebot einzureichen.

Angebote, die (ggf. nach Ablauf einer angemessenen Nachforderungsfrist) nicht alle geforderten Unterlagen enthalten, werden ausgeschlossen. Dasselbe gilt, wenn die von dem Auftraggeber gesondert verlangten Unterlagen nicht oder nicht rechtzeitig zu dem von dem Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt vorgelegt werden.

Spätere Berichtigungen und Änderungen am Angebot müssen zweifelsfrei sein und sind in der gleichen Art wie das ursprüngliche Angebot bis zum Ende der Angebotsfrist einzureichen.

Datenblätter und Zertifikate können dem Angebot in englischer Sprache beigefügt werden. Die ausschreibende Stelle behält sich vor, Übersetzungen nachzufordern.

Inhaltliche Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen zum Ausschluss des Angebots. Erkennt der Auftraggeber Änderungen an den Vergabeunterlagen nicht vor der Zuschlagserteilung, so werden diese Änderungen dennoch nicht Bestandteil der Vertragsbeziehung.

Hält der Bieter zusätzliche Erläuterungen für erforderlich, sind diese unter genauer Bezugnahme auf die betroffene Vergabeunterlage und die dortige Regelung in ausdrücklich gekennzeichneten Anlagen vorzunehmen.

12 ZAHL DER HAUPTANGEBOTE, NEBENANGEBOTE, ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE

Pro Bieter/Bietergemeinschaft ist nur ein (1) Hauptangebot zulässig. Die Abgabe mehrerer Hauptangebote führt zum Ausschluss aller Angebote eines Bieters (vgl. auch Ziffer 18).

Nebenangebote

☐ sind zugelassen

☒ sind nicht zugelassen.

Beabsichtigt ein Bieter, kein Angebot abzugeben, wird um entsprechende Benachrichtigung der organisatorischen Vergabestelle gebeten. In diesem Fall sind die bereits in den Besitz des Bieters gelangten Vergabeunterlagen zu vernichten oder vollständig zurückzugeben. Die Vernichtung der Unterlagen ist auf Verlangen zu bestätigen.

Änderungsvorschläge sind im Angebot nicht zugelassen.

13 VORGESEHENER ABLAUF DES VERGABEVERFAHRENS

In Ergänzung zu dem in Ziffer 110 genannten Termin ist derzeit folgende zeitliche Planung für das Vergabeverfahren vorgesehen:

Zuschlag: 13.07.2026

Vertragsbeginn: 01.08.2026

Die Bindefrist für die Angebote endet am **17.08.2026**.

Verfahrensbedingte Änderungen dieses Zeitplans bleiben ausdrücklich vorbehalten.

14 VERFAHRENSKOSTEN

Sämtliche Kosten, die dem Bieter im Laufe des Vergabeverfahrens entstehen, sind vom Bieter zu tragen. Eine Kostenerstattung seitens des Auftraggebers erfolgt grundsätzlich nicht.

15 HINWEISPFLICHT DER BIETER

Enthalten die seitens der Vergabestelle bereitgestellten Unterlagen nach Auffassung eines Bieters Unklarheiten, die die Erstellung des Angebots beeinflussen können, so hat der Bieter die Vergabestelle darauf unverzüglich hinzuweisen.

16 SCHUTZRECHTE, KENNZEICHNUNG VON BETRIEBSGEHEIMNISSEN

Der Bieter hat anzugeben, ob für Gegenstände des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder von dem Bieter oder anderen beantragt sind.

Der Bieter hat außerdem anzugeben, wenn er erwägt, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung von gewerblichen Schutzrechten zu verwerten.

Die Vergabestelle kann verpflichtet sein, Akteneinsicht zu gewähren. Soweit Teile des Angebotes schützenswerte Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse des Bieters enthalten oder dem Bieter durch die Gewährung einer entsprechenden Auskunft oder Akteneinsicht ein nicht nur unwesentlicher wirtschaftlicher Schaden

entstehen kann (§ 165 Abs. 3 GWB), sind die betroffenen Passagen (je nach Einzelfall einzelne Wörter, Absätze oder Seiten) des Angebotes deutlich (z.B. durch Kennzeichnung und einen Aufdruck oder Stempel) zu kennzeichnen.

17 PRÜFUNG UND BEWERTUNG DER ANGEBOTE

Bei Öffnung der Angebote sind Bieter nicht zugelassen. Es gelangen nur die Angebote in die Wertung, die alle formalen Anforderungen sowie alle Mindestanforderungen (Ausschlusskriterien) erfüllen.

Eignungsprüfung und Bewertung der Angebote erfolgen nach dem in Anlage ANG 3 (Eignungs- und Bewertungskriterien) dargestellten Bewertungsschema.

Unter den geeigneten Bietern erhält den Zuschlag

☐ das Angebot mit dem niedrigsten Preis (Preis = 100 %)

oder

☒ das wirtschaftlich günstigste Angebot aufgrund der nachstehenden Kriterien:

☒ Leistung/Qualität

☒ Preis.

Das wirtschaftlichste Angebot ist das Angebot mit der höchsten Zahl der erzielten Bewertungspunkte, wobei in der Bewertung der Preis mit 40 % (Preispunkte) und auf die Qualität/Leistung des Angebotes mit insgesamt 60 % (Leistungspunkte) gewichtet wird.

18 ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN FÜR BIETERGEMEINSCHAFTEN

Bietergemeinschaften sind grundsätzlich zugelassen. Jedes Mitglied der Bietergemeinschaft haftet gesamtschuldnerisch.

Bietergemeinschaften sind nur zulässig, sofern bereits im Angebot alle Mitglieder der Gemeinschaft und ein bevollmächtigter Vertreter (Federführer) benannt werden und die Zusammensetzung unverändert bleibt.

Angebote sind vom Federführer zu unterschreiben. Hierfür ist mit dem Angebot eine entsprechende schriftliche Vollmacht – von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft unterschrieben – beizulegen. Mit der Vollmacht ist zu erklären, dass der Federführer als bevollmächtigter Vertreter die anderen Mitglieder ohne Einschränkungen gegenüber dem Auftraggeber vertritt und insbesondere berechtigt ist, mit Wirkung für jedes Mitglied ohne Einschränkungen Erklärungen abzugeben und Erklärungen und Zahlungen entgegenzunehmen. Dazu ist Anlage ANG 6 (Erklärung Bietergemeinschaft) zu benutzen.

Sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft müssen die in Anlage ANG 3 entsprechend gekennzeichneten Unterlagen vorlegen.

Es ist grundsätzlich unzulässig, ein Angebot als Mitglied einer Bietergemeinschaft und gleichzeitig als einzelner Bieter zu stellen. Ein solches Verhalten ist als Verstoß gegen den Geheimwettbewerb und damit unzulässige wettbewerbsbeschränkende Abrede zu werten und kann gemäß § 31 Abs. 2 UVgO i.V.m. § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB zum Ausschluss beider Angebote führen. Gleiches gilt für den Fall, dass sich ein Bieter an verschiedenen Bietergemeinschaften beteiligt.

19 ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN FÜR AUSLÄNDISCHE BIETER

Ausländische Bieter müssen die unter Ziffer 11 geforderten Erklärungen und Nachweise als gleichwertige Nachweise ihres Herkunftslandes mit dem Angebot vorlegen. Erklärungen und Nachweise sind in beglaubigter deutscher Übersetzung vorzulegen.

Auf die Verpflichtung des Auftraggebers, die Umsatzsteuer des ausländischen Bieters/der Bietergemeinschaft erforderlichenfalls von der Gegenleistung einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen, wird hingewiesen.

20 ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN FÜR UNTERAUFTRAGSVERGABE, EIGNUNGSLEIHE

Sofern ein Bieter oder eine Bietergemeinschaft Unterauftragnehmer einschalten will, bietet er die Leistung (später) als Generalunternehmer an. Bei der Einschaltung von Unterauftragnehmern haftet der Auftragnehmer (als Generalunternehmer) für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrags, d. h. auch für die Leistungen der Unterauftragnehmer im vollen vertraglichen Umfang.

Die Unterauftragnehmer dürfen vertraglich, insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen, nicht schlechter gestellt werden als der Generalunternehmer selbst steht.

Bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge wird der Bieter regelmäßig mittelständische Unternehmen angemessen beteiligen, wenn er es mit der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung vereinbaren kann.

Wenn sich der Bieter gemäß § 34 Abs. 1 UVgO zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde der Fähigkeiten eines Dritten bedient (Eignungsleihe), sind diese in Anlage ANG 8 zu benennen. Die in Anlage ANG 3 entsprechend gekennzeichneten Erklärungen/Nachweise sind auch durch diese Dritten mit dem Angebot vorzulegen. Werden die im Rahmen des Vergabeverfahrens gestellten Eignungsanforderungen an die technische oder berufliche Leistungsfähigkeit des Bieters nicht vom Bieter, sondern nur unter Berücksichtigung von in Anlage ANG 8 aufgeführten Dritten (Eignungsleihe) erfüllt, ist eine (spätere) Leistungserbringung nur unter Beteiligung dieser Unterauftragnehmer möglich. Eine Nichtbeteiligung und Nichtbenennung als Unterauftragnehmer im Rahmen der Angebotsabgabe (**Anlage ANG 11**) führt zum Ausschluss des Angebotes von der weiteren Wertung.

Für alle übrigen Unterauftragnehmer hat der Bieter Art und Umfang der Leistungen, die er an geeignete Unterauftragnehmer übertragen will, mit dem Angebot in Anlage ANG 11 anzugeben. Der Auftraggeber behält sich vor, in Abhängigkeit von Umfang und Bedeutung der übertragenen Leistung auch von diesen Unterauftragnehmern die für die Eignungsleihe in Anlage ANG 3 gekennzeichneten Nachweise/Erklärungen zu verlangen.

21 DATENSCHUTZ

Die von den Bietern/Bietergemeinschaften erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert.

Mit der Abgabe eines Angebotes erklärt sich der Bieter/die Bietergemeinschaft einverstanden, dass unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften vor allem besondere Kategorien von Daten wie Daten über Straftaten, strafrechtliche Verurteilungen oder Sicherungsmaßnahmen vor Auftragserteilung durch Anfragen beim Wettbewerbs-, Gewerbezentral- und/oder Bundeszentralregister abgerufen werden. Der Bieter/die Bietergemeinschaft ist dafür verantwortlich, dass – soweit erforderlich – entsprechende Einverständniserklärungen seiner gesetzlichen Vertreter und/oder Mitarbeitenden vorliegen. Letzteres gilt auch in Bezug auf Unterauftragnehmer und deren gesetzliche Vertreter und/oder Mitarbeitenden.

22 VERSCHWIEGENHEIT/VERTRAULICHKEIT

Bieter/Bietergemeinschaften haben über die ihnen bekannt gewordenen Angelegenheiten des Auftraggebers Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt insbesondere für die Vergabeunterlagen. Hierzu haben sie auch die an der Abwicklung des Vergabeverfahrens und des sich ggf. anschließenden Vertrages beteiligten Mitarbeitende (einschließlich Nachunternehmer und deren Mitarbeitende) zur Geheimhaltung aller in diesem Rahmen erlangten Informationen über Angelegenheiten des Auftraggebers zu verpflichten. Diese Verpflichtung gilt auch nach Ende des Vergabeverfahrens bzw. des Vertrages und für die aus dem Arbeitsverhältnis des Bieters/der Bietergemeinschaft ausscheidenden Mitarbeitenden.

Alle vom Auftraggeber bereitgestellten Unterlagen des Vergabeverfahrens dürfen nur zur Erstellung eines Angebots verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist ohne ausdrückliche Genehmigung der Vergabestelle nicht statthaft.

23 MITTEILUNG ZU NICHT BERÜCKSICHTIGTEN ANGEBOTEN

Die Auftraggeberin informiert über die Ablehnung eines Angebots und über die Ergebnisse des Verfahrens gemäß § 46 UVgO.

24 BEKANNTMACHUNGEN ÜBER VERGEBENE AUFTRÄGE

Die etwaigen Bekanntmachungspflichten der Auftraggeberin ergeben sich aus § 30 UVgO. Sofern Ihre geschäftlichen Interessen einer solchen Bekanntgabe zuwiderlaufen, teilen Sie dies der Auftraggeberin bitte unverzüglich mit. Die Auftraggeberin entscheidet über den Inhalt der Bekanntgabe nach pflichtgemäßem Ermessen.

25 ANLAGEN

Anlage ANG 1	Leistungsbeschreibung
Anlage ANG 2	Vertragsentwurf / Entwurf Rahmenvertrag
Anlage ANG 3	Eignungs- und Bewertungskriterien
Anlage ANG 4	Angebotsschreiben
Anlage ANG 5	Preisblatt
Anlage ANG 6	Erklärung Bietergemeinschaft
Anlage ANG 7	Formblatt Unternehmensbeschreibung
Anlage ANG 8	Liste der für die Eignungslleihe herangezogenen Dritten
Anlage ANG 9	Verpflichtungserklärung des Dritten für den Fall der Eignungslleihe
Anlage ANG 10	Eigenerklärung zur Eignung
Anlage ANG 11	Verzeichnis Unteraufträge
Anlage ANG 12	Formblatt Referenzen
Anlage ANG 13	Eigenerklärung Datenschutz und Vertraulichkeit
Anlage ANG 14	Aufgabenstellung